

Presseinformation

GEW fordert klare Zielsetzung bei Inklusion

„Die GEW fordert die Landesregierung auf, Inklusion an den Bildungseinrichtungen und insbesondere an den Schulen in Rheinland-Pfalz zügig umzusetzen“, sagte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Klaus-Peter Hammer, heute vor der Presse. Hierzu sei ein Konzept mit klarer politischer Zielrichtung für Schulen, Schulträger, Eltern und Lehrkräfte erforderlich, an dem es derzeit noch fehle.

Mit Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die deutsche Regierung ist Rheinland-Pfalz wie alle anderen Bundesländer verpflichtet, in den kommenden Jahren ein inklusives Schulsystem zu verwirklichen. Ziel der Konvention ist es, alle beeinträchtigten Schülerinnen und Schüler an Regelschulen zu unterrichten und ihnen dort in der Gemeinschaft mit anderen Schulkindern die individuell notwendige Förderung zukommen zu lassen.

Rheinland-Pfalz ist laut Hammer von diesem Ziel noch „meilenweit entfernt“. Zwar habe die Landesregierung vor einigen Jahren mit der Einführung von Schwerpunktschulen die Voraussetzung geschaffen, dass Eltern flächendeckend die Möglichkeit haben, für ihre beeinträchtigten Kinder zwischen einer besonders ausgestatteten Regel- oder der Förderschule zu wählen. Wenn aber Rheinland-Pfalz, wie einer Studie von Prof. Dr. Klemm für die Bertelsmann-Stiftung zu entnehmen ist, bei einer Quote von 20,5 Prozent inklusiv beschulter Schülerinnen und Schüler im Ländervergleich noch im unteren Drittel liege und die Lehrkräfte an den Schwerpunktschulen über unzureichende Rahmenbedingungen klagten, sind laut GEW-Landesvorsitzenden noch „große Schritte zur Verwirklichung der Inklusion in unserem Bundesland erforderlich“

Die GEW kritisiert, dass die Landesregierung zur Weiterentwicklung der inklusiven Beschulung nur vage Aussagen macht,“ sagte die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende und Förderschullehrerin Sylvia Sund. „Wir erwarten von der Landesregierung eine umfassende

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter:
<http://www.gew-rlp.de>

Bestandsaufnahme auf der Grundlage verlässlicher Daten, eine klare Festlegung auf die weiteren Entwicklungsschritte und die Veranlassung der entsprechenden Maßnahmen.“

Eine kontinuierliche Weiterentwicklung des inklusiven Schulsystems stellen laut Sund sowohl die Schwerpunkt- als auch die Förderschulen vor große Herausforderungen, da hiermit ein generelles Umdenken sowie gravierende pädagogische und didaktische Veränderungen einhergingen. „Damit dieser Prozess erfolgreich verlaufen kann, ist es erforderlich, alle Beteiligten mitzunehmen, Lehrkräfte angemessen vorzubereiten und fortzubilden und alle Schulen mit dem notwendigen sonderpädagogischen Personal auszustatten“, sagte die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende. „Dieser Prozess muss allen Beteiligten gerecht werden: den Kindern, die ein individuelles Recht auf gute schulische Förderung haben, und den Lehrkräften und Schulen, die die notwendigen Rahmenbedingungen bekommen müssen, um diese Aufgaben erfüllen zu können.“

Laut GEW haben viele Förderschulen rückläufige Schülerzahlen zu verzeichnen, während Förderschullehrerinnen und -lehrer sowie pädagogische Fachkräfte an den allgemeinen Schulen dringend gebraucht würden. Der Auftrag und die Rolle, die den Förderschulen in diesem Veränderungsprozess zukomme, seien konkret festzulegen, fordert die Bildungsgewerkschaft. Die Regelschulen benötigten so schnell wie möglich ein Mehr an Beratung und Unterstützung vor allem bei der Entwicklung diagnostischer und unterrichtlicher Kompetenzen. Insoweit fehlten bislang klare und verbindliche Aussagen und Pläne des Bildungsministeriums mit der Folge, dass Schulen und Lehrkräfte sich mit ihrem Auftrag allein gelassen fühlten bzw. in eine ungewisse Zukunft blickten.

„Wir begrüßen die Bereitschaft der Landesregierung, infolge des für Rheinland-Pfalz erstellten Klemm-Gutachtens zusätzliche Stellen für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bereitzustellen“, sagte GEW-Landesvorsitzender Hammer. Dieses Datenmaterial reiche aber bei weitem nicht aus als Grundlage für diesen Umstrukturierungsprozess. Daher fordert die GEW von der Landesregierung verlässliches Zahlenmaterial. Die Berechnungen von Klemm, die er in seiner Studie für die Bertelsmann-Stiftung zu Rheinland-Pfalz erstellt hat, seien dafür zu grob. Die derzeitige Unterfinanzierung der Förder- und Schwerpunktschulen durch fehlendes Personal ist nach Überzeugung der GEW nicht entsprechend mit eingeflossen.

Prof. Klemm hat einen Mehrbedarf von rund 200 Lehrkräften errechnet. Die GEW geht davon aus, dass die Datenbasis für Klemms Berechnungen zu niedrig angesetzt ist.

„Die Förderschulen sind in den letzten Jahren bei einem Unterrichtsausfall von 4 Prozent und entsprechendem fehlendem Personal erheblich unterversorgt“, sagte die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende. „Viele Schwerpunktschulen erhalten nicht die von ihnen gewünschten ausgebildeten Förderschullehrkräfte, weil der Markt diese nicht hergibt. Sie müssen mit pädagogischen Fachkräften vorlieb nehmen, die knapp 40 Prozent der zusätzlichen Unterrichtsstunden für den Unterricht im Team und die individuelle Förderung einbringen.“ Daher fordert die GEW ein schnelles Konzept für den berufsbegleitenden Umstieg von Grundschullehrkräften zum Förderschullehramt.

Die GEW fordert von Landesregierung und Bildungsministerium überdies ein Gesamtkonzept im Sinne eines Inklusionsplanes, der für eine regionale Schulentwicklungsplanung und für die regionalen Schulstrukturentwicklungsprozesse dringend notwendig ist. Zudem müsse die Lehrerbildung an den Universitäten und Studienseminaren besser auf inklusive Bildungsprozesse vorbereiten. Für den Studiengang für das Lehramt an Förderschulen müssten die dringend notwendigen Studienplätze gesichert werden. Die Lehrkräfte aller Lehrämter müssten in ihrer Ausbildung grundlegende integrationspädagogische Kompetenzen erwerben. All das fehle derzeit noch und müsse umgehend angegangen werden.

Alle Schwerpunktschulen müssten rechtzeitig vor Beginn auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet, die Lehrkräfte entsprechend fortgebildet und bei ihren inklusiven Schulentwicklungsprozessen kontinuierlich unterstützt werden. Dafür sei auch die Zahl der Fachberater/innen für Integration/Inklusion auszuweiten. Für die Weiterbildung der Lehrkräfte an Schwerpunktschulen fordert die GEW eine Ausweitung der Kapazitäten am Pädagogischen Landesinstitut und nicht zuletzt auch eine verbesserte Sachausstattung mit Lehr- und Lernmitteln sowie Mittel für notwendige bauliche Umbaumaßnahmen.

Mainz, 29. Juni 2012